



**Erich G. Fritz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 11011 Berlin

Tel. (030) 227 – 73 111  
Fax (030) 227 – 76 733  
e-mail: erich.fritz@bundestag.de

[www.Erich-Fritz.de](http://www.Erich-Fritz.de)

10. März 2005

**Rüstungsexportschlager Panzer und Gewehre:  
Rot-Grün vervierfacht Kriegswaffen-Ausfuhren**

Anlässlich der Debatte über den Rüstungsexportbericht 2003 erklärt der Berichterstatter für die Außenwirtschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erich G. Fritz MdB:

Panzer und Gewehre sind deutsche Exportschlager. Mit deutschen Kriegswaffen-Ausfuhren in Höhe von 1,3 Mrd. Euro in 2003 haben sich die Exporte gegenüber 2002 mehr als vervierfacht. Auch die Genehmigungen für Rüstungsexporte schnellten in die Höhe. Wurden 2002 Genehmigungen in Höhe von rund 3,3 Mrd. Euro erteilt, waren es 2003 mit rund 4,9 Mrd. Euro fast 50% mehr. Deutschland nahm Rang vier unter den weltweiten Rüstungsexporteurern ein. Von einer mit Zurückhaltung und Augenmaß betriebenen Rüstungsexportpolitik ist Rot-Grün damit weit entfernt.

Vor dem Hintergrund der in den rot-grünen Rüstungsexportrichtlinien festgelegten Kriterien Menschenrechtsstatus, innergesellschaftliche Lage und regionale Sicherheit sind Ausfuhren in Spannungsgebiete wie Afghanistan, Irak, Nigeria oder auch Indonesien höchst zweifelhaft. Es wird sehr deutlich wie groß der Unterschied zwischen der hohen öffentlich dargestellten Moral einerseits und der politischen Praxis rot-grüner Rüstungsexportpolitik andererseits ist.

P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G



**Erich G. Fritz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 11011 Berlin

Tel. (030) 227 – 73 111  
Fax (030) 227 – 76 733  
e-mail: erich.fritz@bundestag.de

[www.Erich-Fritz.de](http://www.Erich-Fritz.de)

10. März 2005

### **EU-Waffenembargo gegen China aufrechterhalten**

Unberechenbarkeit und Prinzipienlosigkeit in der Rüstungsexportpolitik kennzeichnen auch das Vorgehen der Bundesregierung bei ihrem massiven Eintreten für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China. Dies ist angesichts der nach wie vor erheblich vorhandenen Menschenrechtsverletzungen und der ungeklärten Taiwan-Frage unverantwortlich. Das erst vor zwei Tagen in den chinesischen Volkskongress eingebrachte Antisezessionsgesetz muss für Bundeskanzler Schröder und seine französischen und britischen Mitstreiter ein klares Warnsignal sein, das zeigt, welche akute Gefahr für den Frieden und die Stabilität in dieser Region besteht.

Solange nicht entschieden ist, ob der gegenwärtig in Brüssel beratene rechtsunverbindliche EU-Verhaltenskodex für Waffenexporte Rechtsverbindlichkeit erlangt, sind rot-grüne Beteuerungen, Waffenexporte nach China seien bei Menschenrechtsverletzungen, regionalen Sicherheitsproblemen oder der Tangierung sicherheitspolitischer Interessen von EU-Verbündeten ausgeschlossen, nicht viel wert.

**PRESSEMITTEILUNG**